

4452/J XX.GP

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend mögliche steuerrechtliche Malversationen im Bereich des "Wohnbau - Imperiums
der Freiheitlichen Partei Niederösterreich

Medienberichten zufolge sollen in die diversen freiheitlichen Bau - und Wohnbaufirmen
teilweise direkt öffentliche Mittel eingeflossen sein, sodaß es nicht nur personelle
Identitäten mit der niederösterreichischen FPÖ (Gratzer , Schreiner, Rosenstingl, Mentil
sowie der amtierende Klubobmann Marchat) gab, sondern auch finanzielle Verflechtungen
mit den öffentlichen Haushalten.

Da politische Parteien anders als Wirtschaftsunternehmungen unter anderem zum
Vorsteuerabzug nicht berechtigt sind, können sich durch die gewählten Konstruktionen der
niederösterreichischen FPÖ möglicherweise gesetzlich nicht vorgesehene steuerliche
Begünstigungen im Zusammenhang mit dem Bau der Parteizentrale bzw. mit dem Bau des
Privathauses des bisherigen Parteivorsitzenden Gratzer ergeben haben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Haben Sie veranlaßt, daß eine umfassende steuerliche Prüfung der Gebarung der Bau -
bzw Wohnbaugesellschaften der niederösterreichischen FPÖ durchgeführt wird?
2. Wenn ja, seit wann läuft die Überprüfung?
3. Wenn nein, wann werden Sie dies tun?
4. Dem Vernehmen nach soll der Revisionsverband die geschäftlichen Praktiken der
niederösterreichischen FPÖ heftig kritisiert haben. Diese Kritik sei der
Wirtschaftspolizei bereits vor den niederösterreichischen Landtagswahlen bekannt
gewesen. Wann haben die Finanzbehörden erstmals Kenntnis von möglichen
Malversationen erlangt und welche Reaktionen folgten?

5. Wurden die Finanzbehörden von der Wirtschaftspolizei in Kenntnis gesetzt, daß es im Bereich des freiheitlichen Wohnbau - Imperiums möglicherweise überschuldete (und damit ridareife) Gesellschaften gibt?
6. Wenn nein, wie beurteilen Sie diesen Umstand im Hinblick auf § 84 StPO und im Hinblick auf den Gläubigerschutz?
7. Haben Sie veranlaßt, daß die an freiheitliche Gesellschaften ausbezahlten Förderungsmittel einer umfassenden und lückenlosen Überprüfung im Hinblick auf den gesetzeskonformen Mitteleinsatz unterzogen werden?
8. Wenn ja, wann wurde die Überprüfung veranlaßt?
9. Wenn nein, warum nicht?
10. Halten Sie es für politisch weiterhin tragbar, wenn im Dunstkreis von Parteien in einer bunten Mischung gemeinnützige und kommerzielle Tätigkeiten abgewickelt werden, die die Überprüfung eines korrekten Mitteleinsatzes (z.B. die Zurechnung der Overhead - Kosten) erschweren?
11. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus Ihrer Einschätzung?